

Lehrplan 21: Parlamentarier pochen auf demokratische Spielregeln

Der Bund 31.1.14

Die Kantonsparlamente haben beim Bildungsprojekt nichts zu sagen. Das provoziert Widerstand.

Anja Burri

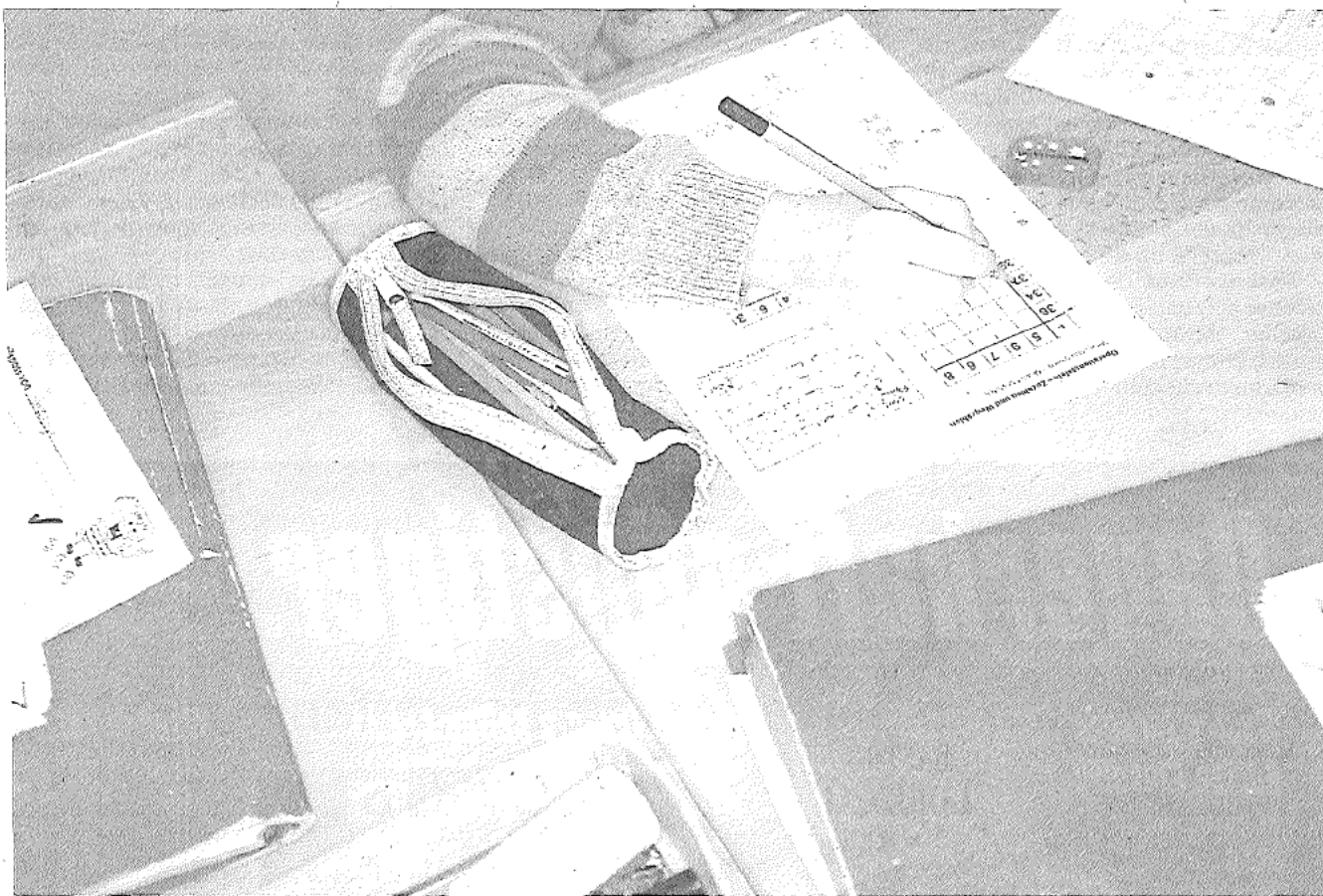
Die öffentliche Konsultation zum Lehrplan 21 ist eigentlich abgeschlossen. Schweizweit dürften über 1000 Stellungnahmen eingegangen sein. Zurzeit wertet die Deutschschweizer Erziehungsdirektorenkonferenz (D-EDK) diese aus und entscheidet dann, ob und an welchen Stellen der Lehrplan angepasst werden soll. In den meisten Kantonen können danach die Regierungen oder sogar der Bildungsdirektor allein über die Einsetzung des Lehrplans 21 entscheiden. In den sieben Kantonen mit einem Bildungsrat ist dieser zuständig.

Dieses Vorgehen passt vielen Politikern in den Kantonen nicht. Sie möchten mitreden können bei der Umsetzung des ersten gemeinsamen Lehrplans der Deutschschweiz. In Basel, Solothurn und Zürich haben Kantonsparlamentarier bereits entsprechende Vorstösse eingereicht. Zu den Unterzeichnern gehören Vertreter der Grünen, der GLP, EVP, CVP, BDP, FDP und SVP.

Sololauf stoppen

Besonders breit abgestützt ist die Opposition im Kanton Baselland. Dies hat einen Grund: Die Baselbieter Regierung selber lehnt den Lehrplan 21 in der aktuellen Fassung als nicht umsetzbar ab. Mitte Dezember teilte sie mit, sie erwarte, «dass der überarbeitete Lehrplan deutlich verständlicher, als Erlass einer Behörde gestaltet und im Umfang gekürzt wird». Zudem formulierte die Regierung zehn «Anliegen» zur Überarbeitung des Lehrplans. Anfang Januar verschickte SP-Bildungsdirektor Urs Wüthrich dennoch einen Brief an die Schulleitungen und involvierten Mitarbeitenden, um die Umsetzung des neuen Lehrplans voranzutreiben. Er erwarte, dass die Umsetzungsarbeiten «unverändert und ohne zeitlichen Verzug» weitergeführt würden, schrieb er.

Das Vorgehen des Bildungsdirektors wird im Landrat, dem Baselbieter Par-



Ein Zweitklässler füllt in der Primarschule Hirzenbach ZH ein Rechenblatt aus. Foto: Sophie Stieger

lament, als Sololauf kritisiert. Es dürfe nicht sein, dass Wüthrich die Umsetzung des Lehrplans trotz heftiger Kritik eigenmächtig durchsetze, sagt der grüne Baselbieter Landrat Jürg Wiedemann, Verfasser einer parlamentarischen Initiative. Er fordert, dass der Landrat über die Inkraftsetzung des Lehrplans entscheiden kann. Nach gültiger Rechtslage ist dafür im Baselbiet der Bildungsrat zuständig. In dem Gremium gebe aber Bildungsdirektor Wüthrich den Ton an, sagt Wiedemann.

Auch im Kanton Bern fordern Parlamentarier in verschiedenen Vorstössen die Rückweisung des Lehrplans sowie genaue Angaben zu den Kosten des Projekts. Im Kanton Zürich wehren sich Kantonsräte aus den Reihen der SVP, EVP und EDU gegen die Entscheidungsmacht des Bildungsrates. Befinde nur der Bildungsrat über den Lehrplan, sei nicht gewährleistet, dass dieser genügend breit

abgestützt sei, schreibt SVP-Kantonsrätin Anita Borer in ihrem Vorstoss. Sie sei im Grundsatz für den Lehrplan, sagt Mitunterzeichnerin Ruth Kleiber (EVP). «Bei einem solchen Jahrhundertwerk mit grossen Auswirkungen auf den Kanton sollten aber zumindest die Volksvertreter im Parlament mitreden dürfen», begründet sie ihre Unterschrift.

Religiöse gegen Genderkapitel

Die SVP Schweiz plant in weiteren Kantonen eine Offensive «zur demokratischen Abstützung des Lehrplans». «Der Lehrplan 21 darf nie und nimmer an den demokratischen Instanzen vorbeigeschleust werden», sagt SVP-Bildungspolitiker Ulrich Schlür. Dafür sei das Projekt viel zu umstritten. Genaueres zum Vorgehen will die SVP Mitte Februar bekannt geben.

Auch religiöse Kreise um die Stiftung Zukunft CH versuchen noch Einfluss

auf den Lehrplan zu nehmen. Sie haben eine Onlinepetition zur Streichung des Themas «Gender und Gleichstellung» gestartet. Innert einer Woche haben rund 3000 Personen unterschrieben. Ziel seien 10 000 Unterschriften, heisst es auf der Website. Die Petitionäre berufen sich auf eine Aussage von D-EDK-Präsident Christian Amsler im vergangenen April in der «Neuen Zürcher Zeitung». «Wenn das Gender-thema viel Kritik erhält, streichen wir es», sagte Amsler damals.

Der Lehrplan 21, der für alle Deutschschweizer Schulkinder einheitliche Lernziele bringen soll, ist kein referendumsfähiger Erlass. Damit die Bevölkerung oder das Kantonsparlament mitreden kann, braucht es im betreffenden Kanton eine Gesetzesänderung. Dies können die Parteien oder Parlamentarier durch Volksinitiativen oder Vorstösse im Parlament erreichen.